

Betreff:

Verkehrsberuhigung in der Auringer Straße (SPD)

Antragstext:

Verkehrsberuhigung in der Auringer Straße

"Der Magistrat wird gebeten, die im Sommer 2006 installierte Verkehrsberuhigung in der Auringer Straße auf ihre Wirksamkeit im Hinblick auf eine Verbesserung der Verkehrssicherheit zu überprüfen und ggf. festgestellten Mängeln in geeigneter Weise Abhilfe zu schaffen."

Begründung:

Im Sommer 2006 wurden im Rahmen des Programms "Verkehrsberuhigung und Fußgängersicherung" der Landeshauptstadt Wiesbaden verkehrsberuhigende Maßnahmen an der Auringer Straße (Höhe Schäferweg) eingerichtet. Im Einzelnen wurden zur Fahrbahnverengung in beide Fahrtrichtungen versetzte Sperrflächen markiert und jeweils mit einer Warnbake und einem den Vorrang regelnden Verkehrsschild versehen. Die SPD-Fraktion hatte hierzu bereits in der Ortsbeiratssitzung vom 20. Juni 2006 einen Antrag eingebracht, der aber wegen der damals unmittelbar bevorstehenden Umsetzung der Maßnahmen nicht mehr behandelt wurde. Darin hatte sie unter anderem gefordert, die geplanten Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Einklang mit den Ergebnissen der vom Magistrat in Auftrag gegebenen und finanzierten Ortsbildanalyse zu bringen sowie zusätzlich bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung einzubeziehen. Die Befürchtung, dass die Umsetzung der Maßnahme in Form von bloßen Markierungen und Beschilderungen nicht zur Verbesserung des Ortsbildes von Naurod beiträgt, hat sich leider bestätigt: Bei den meisten Bürgern stößt allein die ästhetische Wirkung der durchgeführten Maßnahme bereits auf Ablehnung. Viel gravierender erscheint jedoch die nach den in den ersten Monaten gemachten Erfahrungen unzureichende Verbesserung der Verkehrssicherheit. Im Gegenteil: Die Verkehrssicherheit hat sich dadurch teilweise sogar verschlechtert: So mussten zum Beispiel mehrfach gefährliche Verkehrssituationen beobachtet werden, bei denen aus Richtung Auringen einfahrende Verkehrsteilnehmer, die an der betreffenden Stelle eigentlich wartepflichtig sind, bei sich abzeichnendem Gegenverkehr sogar noch beschleunigen, um als erster die Engstelle zu passieren. Weitere Gefahrenquellen sind die an der betreffenden Stelle zusätzlich gelegene Einmündung des Schäferweges sowie die unzureichende Erkennbarkeit der Engstelle bei Dunkelheit. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis ein erster Verkehrsunfall an dieser Stelle zu beklagen sein wird. Der Magistrat wird daher gebeten, eigene Prüfungen der Wirksamkeit der Maßnahme vorzunehmen, um den ersten vor Ort gewonnen Eindruck zu bestätigen oder ggf. zu widerlegen. Sollte sich der erste Eindruck bestätigen, so sollte der Magistrat umgehend geeignete Maßnahmen zur Abhilfe ergreifen, insbesondere echte bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Betracht ziehen, um die angestrebte Verbesserung der Verkehrssicherheit erreichen zu können.

Antrag Nr. 07-O-19-0010
101500
